

- 01. Juli 1993** Vor 25 Jahren traten 40 Kumpel des Kali-Bergwerkes im thüringischen Bischofferode aus Protest gegen die geplante Stilllegung des Betriebes und die beabsichtigte Vernichtung von 700 Arbeitsplätzen in den Hungerstreik.
- 20. Juli 1933** Vor 85 Jahren schloß der Vatikan ein "Reichskonkordat" mit der Hitlerregierung, das deren Anerkennung durch den Papst bedeutete.

Linkes Blatt ^{DIE LINKE.}

Für Halle und den Saalekreis

7. Ausgabe / 28. Jahrgang 10. Juli 2018

Das Land endlich vom Kopf auf die Füße stellen.

Pressemitteilung zum Abschluss der 3. Tagung des 6. Landesparteitags am 23. Juni 2018 im Kulturhaus Benndorf.

DIE LINKE. in Sachsen-Anhalt hat die Menschen, die im ländlichen Raum zu Hause sind und sich vor Ort engagieren, sei es für die wirtschaftliche Entwicklung der Region, die medizinische und pflegerische Versorgung, für den Nachwuchs in der Kinderfeuerwehr oder für den örtlichen Fußballverein, in den Mittelpunkt ihrer 3. Tagung des 6. Landesparteitags gestellt. Am 23. Juni 2018 haben die Gestalter, die Macher und die Kümmerer vor Ort, speziell im ländlichen Raum von Sachsen-Anhalt, in insgesamt vier Dialogforen von den Herausforderungen, den Problemen, aber auch den Erfolgen berichtet, zur Diskussion angeregt und wichtige Impulse gegeben.

Nach der Begrüßung durch die Vorsitzende Carola Kunde des gastgebenden Kreisverbandes Mansfeld-Südharz, schilderte Angelika Klein in ihrer Eröffnungsrede, was Kommunalpolitik aus Sicht einer Landrätin leisten kann, wies gleichzeitig jedoch auch auf die Grenzen hin. »Kommunalpolitik ist ein spannendes Thema, weil sie eben konkret ist und große Losungen nicht zählen,« so die Landrätin zu den Delegierten und Gästen. Ziel des Parteitages war es, die Forderungen der Akteure an uns in die kommunalpolitischen Leitlinien der Partei zu übersetzen und im Hinblick auf die Kommunalwahlen 2019 in unser Programm einfließen zu lassen. »Unsere Vorstellungen von dem, was wir wollen, was die Bürgerinnen und Bürger wollen und was machbar ist, stimmen nicht immer überein. Und wir sollten schon genau hinschauen und hinhören, ehe wir viel Papier beschreiben. Es braucht aber auch eine

klare Ansage, was nicht machbar ist. Wir sollten alle Spielräume nutzen, das ist nicht immer einfach und auch nicht unbedingt konform mit den Vorstellungen der Linken,« so Klein.

Für die vier Dialogforen unter den Überschriften »Bürger! Meister?«, »Gesundheitsvorsorge! Krank?«, »Land! Wirtschaft?« und »Dorf! Leben?« luden wir insgesamt 14 Gäste ein, von der Ortsbürgermeisterin, dem Allgemeinmediziner, der Betriebsrätin über den Geschäftsführer vom Fußballverein, bis hin zur Kinderwärtin der Freiwilligen Feuerwehr und dem Vorsitzenden des Vereins Kulturkonferenz Sachsen-Anhalt e.V.

Wir haben spannende und kontroverse Diskussionen geführt. Wichtige Impulse griff der Landesvorsitzende Andreas Höppner in seiner abschließenden Rede unmittelbar auf. »Wir wollen Bindeglied sein, Akteure vor Ort unterstützen, Bündnisse schaffen, mitmachen und die Menschen dabei unterstützen, ihren Wohn- und Lebensort lebens- und erhaltenswert zu machen,« so Höppner. Weiter formulierte er konkrete Forderungen: »Wir lassen uns das Dorf nicht nehmen. Wir werden uns zurückholen, was uns genommen wurde:



Fortsetzung auf Seite -2-

Das Land endlich...Fortsetzung von Seite -1-

Die Schule, den Bus, den Landarzt, die Dorfbücherei, die Chancengleichheit unserer Agrarunternehmen und nicht zuletzt den Dorfkrug oder die Dorfkneipe, das Gemeinde- oder das Vereinshaus. Und nun sage da keiner, das wäre Träumerei. Politik ist noch immer Menschenwerk und was Menschenwerk ist, geht immer auch anders.

Nichts ist in Stein gehauen und wenn doch, dann haben wir auch die Werkzeuge, um es umzuhauen. «DIELINKE. Sachsen-Anhalt sucht die Alternativen

für dieses Land im Vorwärtsgehen und nicht im Rückwärtsrudern. Wir wollen ein Land, wo sich alle solidarisch und in Würde begegnen, in der Stadt und auf dem Land.

Die Redemanuskripte der Landrätin Angelika Klein und des Landesvorsitzenden Andreas Höppner finden Sie auf der Internetseite des Landesverbandes DIELINKE. Sachsen-Anhalt www.dielinke-sachsen-anhalt.de.



In Berlin und (H)alle dabei – Wurzelpflege

Die Gesellschaft braucht das Ehrenamt. Ehrenamtlich arbeitende Menschen unterstützen Aktionen, Initiativen, Organisationen, Vereine und Verbände auf vielfältige Art und Weise. Sie geben dafür ihre Zeit, ihr Wissen, ihr Können und ihre Arbeitskraft meist kostenfrei oder gegen eine kleine Aufwandsentschädigung her. Viele Initiativen könnten ohne die Leistung Ehrenamtlicher nicht effektiv und langfristig arbeiten und existieren.

Auch meine Partei ist auf die ehrenamtliche Arbeit von Genossinnen und Genossen angewiesen. Sie helfen uns an Infoständen, im Wahlkampf, bei Aktionen und Kampagnen vor Ort. Dadurch unterstützen sie nicht nur meine politische Arbeit und die Arbeit der haupt-

amtlich Beschäftigten und anderen Abgeordneten. Sie leisten auch einen großen Anteil an Bildungsarbeit und helfen bei der Verbreitung linker Wertvorstellungen wie Solidarität, Toleranz, Demokratie und Gerechtigkeit. Sie stellen sich in ihrer Freizeit Nazis in den Weg, verteilen Flyer und Postkarten, laufen auf Demos mit und unterstützen linke Strukturen auf diese Weise bei ihrem Kampf um eine gerechtere Gesellschaft.

Wir brauchen Ehrenamtliche, so wie jeder Baum die Erde braucht, um sich mit seinen Wurzeln darin tief verankern zu können. Und so wie wir darauf achten, einem Baum nachhaltig alle lebenswichtigen Ressourcen zukommen zu lassen, so müssen wir auch nachhaltig mit unserem Aktivismus umgehen. Wie gelingt uns

das? Ein stipendiatischer Arbeitskreis der Rosa-Luxemburg-Stiftung macht sich darüber aktuell viele Gedanken und hat sich somit der Bewegung des Nachhaltigen Aktivismus¹ angeschlossen.

Nachhaltiger Aktivismus hat viele Wurzeln – spirituelle (Befreiungstheologie, Befreiungspsychologie, engagierter Zen-Buddhismus etc.), psychologische (Resilienzforschung etc.) und aus den sozialen Bewegungen kommende (Frauenbewegung etc.). Sie alle gehen der Frage nach wie Ehrenamtlichkeit nachhaltig gestaltet sein kann, um sie langfristig zu erhalten. Das ist eine hochspannende Frage, die auch linke Strukturen diskutieren (sollten).

Ja, es ist gewagt, eine Kolumne darüber zu schreiben, wie wir Überforderung im linken Ehrenamt vermeiden sollten. Aber auch wir sind hier nicht frei von hohen Ansprüchen und Leistungsdenken und entsprechend genauso von deren Folgen, wie Überforderung und Burnout, betroffen. Wir setzen uns stets hohe Ziele, wollen und müssen die Gesellschaft zu einer faireren und toleranteren verändern, keine Frage. Dem Druck, den wir uns selbst dabei machen, muss aber auch standgehalten werden können. Unsere Aktiven kommen schließlich aus der noch unperfekten und prekären, intoleranten und unfairen Gesellschaft. Das ist ihr Alltag. Im Ehrenamt sollen sie sich entfalten können, ohne daran auszubrennen. Das hat viel mit Strukturen, Machtverhältnissen und Hierarchien innerhalb linker Systeme zu tun, aber auch mit Gesprächs- und Konfliktkulturen, linken Moralvorstellungen und Wertschätzungen.

Es macht einen Unterschied, ob im Plenum stets der Blick auf das Negative fällt: Das Projekt lief nicht gut. Diese Aktion war nicht erfolgreich. Wir sind gegen dies und gegen das und generell ist die Gesellschaft schlecht. Wenn wir es nicht tun, dann tut es kein anderer für uns. Oder ob wir einfach mal den Blick ein wenig verändern und ihn auf Teilziele lenken, uns erlauben, auch kleine Erfolge zu feiern (!) oder unsere Kräfte lieber für drei, statt für fünf Großaktionen zu bündeln. Ehrenamtliche Gruppen leisten viel, aber auch sie dürfen und müssen nicht alles leisten können. Eine Aktion auch einmal nicht stattfinden lassen zu dürfen, weil dafür die zeitlichen und personellen Ressourcen fehlen, muss auch erlaubt sein – ohne Vorwürfe und schlechtes Gewissen. Ehrenamtliche Kräfte können sich so auch einmal erholen und neu sam-



eln.

Aktive müssen gestärkt werden. Da spielen auch ihre gruppeninternen Strukturen eine wichtige Rolle. Wie wird mit Konflikten umgegangen? Gibt es eine RednerInnenliste? Gönnen man sich Pausen und was macht man in den Pausen? Wie wird mit einem Nein und anderen Formen von individuellen Grenzssetzungen umgegangen? Werden Grenzen respektiert? Wie werden Aufgaben verteilt? Wo liegen noch Ressourcen versteckt (BündnispartnerInnen, andere Gruppen, methodisches Know-How etc.)? Wie funktioniert die Kommunikation mit den hauptamtlichen Strukturen und herrscht hier ein gegenseitiger respektvoller Umgang? Wie geht man mit dem Konflikt zwischen den eigenen Wertvorstellungen und Bedürfnissen um und wie mit dem Wunsch nach Freizeit? Wie gut sind die Strukturen auf Menschen mit Familie ausgerichtet? Und so weiter und so weiter. Hand aufs Herz: Wie schaut es wirklich aus mit Hierarchien und Machtverhältnissen innerhalb der Gruppe? Ist der Umgang mit ihnen wirklich gut?

Manchmal tun es auch schon Kleinigkeiten, die die Wertschätzung ehrenamtlicher Arbeit steigern und so neue Kräfte mobilisieren: ein informelles Plenum in der nächsten Kneipe, eine Ration Wasser und Kekse oder vielleicht ein paar Sitzhocker am Infostand für die HelferInnen, eine kleine Feier am Ende einer erfolgreichen Kampagne oder Aktion, eine RednerInnenliste, Pausen, gemeinsame Ausflüge ohne Protokoll und Tagesordnung – einfach zum Spaß, genau! –, eine gemeinsame Tasse Kaffee in der Geschäftsstelle, weniger zerreden und diskutieren und dafür mehr Mut zum Ausprobieren neuer Ideen und Konzepte (Scheitern darf erlaubt sein).

Kurz: Darf man sich auch einfach mal wohlfühlen und

sich etwas gönnen? Einfache Frage. Aber wie sieht es mit der Antwort aus?

Und was passiert eigentlich, wenn Aktive ausscheiden? Bieten wir ihnen alternative Strukturen? Wie gehen wir mit ihren Beweggründen um? Wie danken wir ihnen ihr Engagement? Wie profitieren wir auch dann noch von ihren Erfahrungen? Und wie profitieren wir von Aktiven, die nicht ausschließlich in unserer Partei aktiv sind, sondern auch noch anderen ehrenamtlichen Tätigkeiten nachgehen?

Wir wollen viel leisten. Dafür brauchen wir Kraft. Diese Kraft schöpfen wir aus Ressourcen, aus Wertschätzung und der Kommunikation miteinander. Es

stehen viele Fragen hier. Lasst uns darüber nachdenken, sie diskutieren und vor allem dann auch praktisch angehen. Aber erst nach dem Sommer. Wir dürfen auch mal langsamer machen und die Sonne genießen. Denn immerhin ist jetzt Sommerpause. Das ist eine gute Gelegenheit um Luft zu holen, sich selbst zu feiern und Energie aufzutanken. Viel Spaß dabei. Ihr leistet großartige Arbeit, liebe Aktive! Schauen wir, wie wir uns gegenseitig noch besser dabei unterstützen können.

¹Mehr dazu zum Beispiel bei Timo Luthmann Politisch aktiv sein und bleiben. Handbuch Nachhaltiger Aktivismus. Unrast Verlag. 2018.

Dienstag | 24. Juli 2018 | 18:30 Uhr
Pusch kino | Kardinal-Albrecht-Str. 6 |
Halle
Eintritt 6,50 Euro | ermäßigt 5,50 Euro

Eine Gruppe junger engagierter Menschen gründet im Herbst 2015 in Berlin die Initiative JU-GENDRETTET. Mittels Crowdfunding kaufen sie einen Fischkutter, bauen ihn zum Rettungsboot um und taufen ihn auf den Namen „Juventa“. Voller Tatendrang und Optimismus retten Sie anschließend innerhalb von 15 Tagen 2000 Menschen das Leben. Sie erleben tiefe Dankbarkeit, werden aber auch mit dem Tod konfrontiert.

Nach fast zwei Jahren Einsatz und knapp 14.000 auf hoher See geretteter Menschen wurde das Schiff im August 2017 plötzlich beschlagnahmt und von den italienischen Behörden in Lampedusa festgesetzt. Menschenschmuggel und Kooperation mit Schlepperbanden lauten die Vorwürfe. Eine Anklage ist jedoch bis heute nicht erfolgt.

Der Regisseur Michele Cinque hat die bewegende Geschichte der Seenotretter*innen im Dokumentarfilm IUVENTA (85 min) festgehalten. Nach dem Film steht er uns gemeinsam mit einem Crew-Mitglied des Schiffs für ein Filmgespräch zur Verfügung.



Liebe Mitglieder des Bündnisses,

wie ihr wisst, wurde der Termin für unsere Zukunftswerkstatt des Bündnisses verschoben. Der neue Termin unserer Zukunftswerkstatt ist Samstag, 15. September 2018. Ort: Villa Lewin (Alte Jugendherberge), August-Bebel-Str. 48a

Ziel dieser Zukunftswerkstatt ist die Überprüfung und Anpassung unserer aktuellen Arbeit des Bündnisses. Fragestellungen werden sein:

* Wie geht das Bündnis mit den neuen Herausforderungen, u.a. durch die AFD und das Haus der Identitären Bewegung, um?

* Wie sehen wir unsere Rolle in der Stadt?

* Welche strategischen und strukturellen Anpassungen müssen wir vornehmen, um diesen Herausforderungen in inspirierender und wirksamer Art zu begegnen?

Ablauf:

10:00 Begrüßung, Einführung, Vorstellungsrunde

10.30 Analyse der internen Stärken und Schwächen und der externen Potentiale und Bedrohungen

11.30 Strategische Ausrichtung des Bündnisses und Aufgaben des Bündnisses

12:30 Mittagspause

13.15 Rollenklärung

14.00 Strukturanpassungen und Untersetzung der Aufgaben

Ende: ca. 16:00 Uhr

Für Verpflegung ist gesorgt. Wir freuen uns auf eure Teilnahme und bitten um eine Rückmeldung bis zum Montag, 31.08.2018, an kontakt@halle-gegen-rechts.de

Mit freundlichen Grüßen

Euer SPK

DIE LINKE. Ortsverband Halle-Nord lädt ein:

Öffentliches Forum mit

Thomas Lippmann, MdL, Fraktionsvorsitzender DIE LINKE im Landtag Sachsen-Anhalt steht Rede und Antwort zu aktuellen Themen der Landespolitik.

Mittwoch, 22. August 2018, 17:00 Uhr im Linken Laden in Halle (Leitergasse 4)

Nach einem Überblick zu Aktuellem (u. a. mit Schwerpunkt Bildungspolitik) können vorzugsweise Fragen und Anliegen mit landespolitischem Bezug eingebracht werden.

Das Forum ist offen für alle Interessierten.

Von der Veranstaltung werden Menschen ausgeschlossen, die offen Propaganda für rechtsextreme und fremdenfeindliche Ansichten tätigen.

Linkes Blatt

Impressum:

DIE LINKE Halle, Stadtvorstand

DIE LINKE Saalekreis

Leitergasse 4

06108 Halle (Saale)

Telefon 0345 / 20 255 90

eMail:

linkesblatt@dielinke-halle.de

Marianne Böttcher (v.i.S.d.P)

Herstellung: Eigendruck

Erscheinungsweise: monatlich

Auflage: 600 Exemplare

Spende erbeten

Endredaktion dieser Ausgabe:

05.07.2018

Redaktionsschluss der nächsten

Ausgabe: 09.08.2018

Aus der Stadtratssitzung vom 27. Juni 2018

Gut gefüllt war die Stadtratssitzung. Die Sommerpause musste sich verdient werden!

Das wohnungspolitische Konzept wurde verabschiedet. Dieses Konzept, welches mehrere Fraktionen – auch unsere – durch einen Antrag im Stadtrat auf den Weg gebracht haben, hat zum Ziel, preisgünstige Wohnungen in allen Bereichen der Stadt Halle (Saale) zu erhalten. In dem Konzept sind Handlungsfelder verabschiedet worden, durch die vor allem die kommunalen Wohnungsgesellschaften Möglichkeiten aufgreifen können, für Menschen mit geringem Geldbeutel Wohnungen, z. B. in der Innenstadt, vorhalten zu können. Um eine gute soziale Mischung in den unterschiedlichen Wohnquartieren zu gewährleisten, sind auch Handlungsfelder aufgegriffen worden, die die Quote am Wohneigentum erhöhen könnten.

Seit längerer Zeit gibt es die Diskussionen zu Baumaßnahmen am Riebeckplatz. Der Stadtrat sollte über einen vorhabenbezogenen Bebauungsplan entscheiden, der beinhaltet, ein Büro- und Geschäftshaus nordöstlich zu bauen sowie südöstlich (Nähe Busbahnhof) ein weiteres Hotel sowie ein Parkhaus für Fahrräder.

Es gibt aber zu dieser Thematik weiteren Beratungsbedarf bei den Stadträten und diese Vorlage wurde vertagt.

Beschlossen wurde, dass im Stadthaus eine Gedenktafel errichtet wird, die ehemalige Stadtverordnete ehrt, die z. B. in der NS-Zeit aus ihrem Mandat gedrängt oder ermordet worden sind.

In den letzten Wochen gab es viele Diskussionen um fehlende Gelder für die Theater-, Oper- und Orchester GmbH.

Die bisherigen Zuschüsse reichen nicht aus, um die anfallenden Kosten zu decken. Die Verhandlungen mit dem Land Sachsen-Anhalt für mehr Geld sind noch im Laufen. Mit dem Beschluss des Stadtrates, zusätzlich für die TOO H zwei Millionen Euro zur Verfügung zu stellen, wurde eine drohende Pleite der TOO H zunächst abgewendet.

Die CDU/FDP-Fraktion stellte den Antrag zur Umbenennung der Ernst-Kamieth-Straße und des Ernst-Kamieth-Platzes in Dr. Helmut-Kohl-Straße. Der Antrag fand im Stadtrat keine Mehrheit. Für unsere

Fraktion argumentierte Katja Müller gegen diesen Vorschlag. Sie führte u. a. an, dass der Name Helmut Kohl mit Spendenaffären und schwarzen Kassen in Verbindung gebracht würde!

Der Antrag unserer Fraktion, auf der Silberhöhe einen öffentlichen Grillplatz zu errichten, fand eine Mehrheit! Sicher, es ist ein „kleineres“ Anliegen, aber wir haben ein Anliegen von Einwohner*innen aufgegriffen. Es trägt dazu bei, dass sich die Einwohner*innen in ihrem Quartier wohler fühlen.

Es gab etliche Anträge, die zur weiteren Diskussion und Bearbeitung in die Ausschüsse verwiesen wurden. Dazu gehört u. a. ein Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der die Aufstellung einer Toilettenanlage auf der Würfelwiese vorsieht. Inhaltlich unterstützen wir den Antrag, da aber viel Geld dabei eine Rolle spielt, werden wir sicher diese Entscheidung bis zur Diskussion um den Haushaltsentwurf der Stadt aussetzen!

Der Prüfantrag zur Einführung des Projektes „Nette Toilette“ wurde dagegen angenommen. In anderen Städten funktioniert dieses Projekt bereits. Inhaltlich ist, dass Gastronomen und Einzelhändler in der Innenstadt ihre Toiletten kostenlos zur Benutzung zur Verfügung stellen und dafür beispielsweise von Gebühren für die Außengastronomie entlastet werden. Im September wird sich der Ordnungsausschuss der Stadt Halle (Saale) mit dem Prüfergebnis beschäftigen.

Ute Haupt, Stadträtin

Senioren-Cafe' am 25.07. ab 14:30 Uhr

im Linken Laden, Leitergasse 4:

„Aus der Geschichte des halleschen Stadtteils
Dölau“

Lichtbildervortrag von
Gen. Bernd Wolfermann

Vorschau

Senioren-Cafe' am 29.08. ab 14:30 Uhr

im Linken Laden, Leitergasse 4

„Alle Macht den Nanas !“,
Lichtbildervortrag von Elke Prinz über
die Weltenbürgerin Niki de Saint Phalle

Die Türkei hat gewählt – Beginn einer neuen Ära: das Präsidentsystem

Bereits vor der Wahl war das Land gespalten. während die einen Präsident Erdogan als Heilsbringer verehren, halten die anderen ihn für einen Despoten. Spiegel online hat im Vorfeld der Wahl Türk*innen gefragt, wen sie wählen. Die Antworten fielen recht unterschiedlich aus: so erzählt ein junger 25-jähriger Taxifahrer, dass Erdogan das Land regiert, seit er denken kann. Natürlich wählt er Erdogan. Er hat viel für das Land getan. So verdiene er z.B. jetzt 300 Lira am Tag mehr als früher. Das liegt jedoch am schwachen Lira, bekräftigt der junge Mann, und gibt dafür den ausländischen Mächten die Schuld. Denn die wollen die Regierung stürzen. So, wie sie es in Griechenland getan haben.

Eine 60-jährige Reiseführerin betont, dass die Türkei lange Zeit genug von nur einem Mann regiert wurde. Jetzt sei genug. Es sei Zeit für ein neues Gesicht; z.B. das der Rechtspopulistin Meral Aksener. Unter Erdogan gehe es dem Land nicht gut. Sie spürt das jeden Tag. Die Gäste aus Europa bleiben aus. Zudem wird die Wirtschaft durch die aufgenommenen vier Millionen Syrer stark belastet. Erdogans Ein-Mann-Regime erinnere sie an den Irak oder Syrien, und die Folgen davon hat jeder miterlebt.

Eine weitere 60-jährige Bankkauffrau erläutert, dass sie auf jeden Fall Erdogan wähle. Das tut sie seit seiner Einführung 2002 als Premier. Er gäbe keinen zweiten Politiker, so erfahren und selbstbewusst wie ihn, auf der Welt. Länder wie Deutschland blicken voller Neid auf die Türkei – die Wirtschaft boomt. Und seinen einzigen Fehler, das Gewährenlassen der Gülenisten, hat er eingestanden und hält sie jetzt erfolgreich in Schach.

Kritisch blickt ein Friseur, 37, auf die Wirtschaft. Ja sicher würde überall gebaut, aber die Menschen haben keine Arbeit. Die Fabriken wurden durch Erdogan an ausländische Investoren verschertelt und die Landwirtschaft existiert nicht mehr, schimpft der Mann. Obwohl er jeden Tag hart arbeite, sei seine Familie verschuldet. Er gibt seine Stimme Muharrem Ince, der das Land in eine neue Zeit führen soll. Das Land braucht einen Wandel. Klappt es mit dem Regierungswechsel nicht, will er mit seiner Familie auswandern, so, wie es bereits viele Bekannte getan haben.

Eine 30-jährige Doktorandin beklagt, dass Erdogan seine Gegner mundtot macht und ihnen keine Bühne für ihren Wahlkampf lässt. Sie findet es erschreckend, dass eine abweichende Meinung zu der des Regimes keine zugelassen ist. Sie unterstützt den linken Kandidaten der HDP, Selhattin Demirtas. Ihre Hoffnungen ruhen auf ihm, denn es muss etwas geschehen in der Türkei, einem Land, in welchem die Demokratie dem Niedergang geweiht ist. Ihre Verzweiflung ist so groß, dass sie im Falle des Scheiterns Demirtas' nach der ersten Runde sogar einen Rechtspopulisten unterstützen würde. Jeder Kandidat der Opposition ist besser als Erdogan.

Die Süddeutsche titelt „Die fetten Jahre sind vorbei“ und gibt damit einer Redakteurin Raum für einen Kommentar nach den Wahlen. Mit einer rekordverdächtigen Wahlbeteiligung von fast 90 Prozent ging Recep Tayyip Erdogan als Sieger aus der Wahl hervor und zieht damit seinen Siegeszug nach 16 Jahren an der Macht fort. Und siegesicher, das war Erdogan ganz gewiss, beherrscht seine AKP fast alle Fernsehkanäle sowie die größten Zeitungen des Landes. Die Opposition hatte nur wenig Chance im Wahlkampf in den öffentlichen Medien wahrgenommen zu werden. Der Kandidat der linken Kurden-Partei HDP musste seinen Wahlkampf sogar aus dem Gefängnis heraus führen.

Dass jeder Türke sein Kreuz auch richtig setzt, dafür sorgte Erdogans AKP lautstark. Mit der Parole ‚Es gibt keinen zweiten Erdogan‘ wollten sie klarstellen, dass ohne ihn das Land aufgeschmissen ist und alles verliert, was in der Vergangenheit erworben wurde. Angesprochen hat die AKP damit die konservative Mittelklasse, die mit ihm aufgestiegen ist und sein treuestes Klientel darstellt.

Andere wiederum haben das Land verlassen oder ihr Geld ins Ausland gebracht. Sie versuchen ihre Familie und ihr letztes Hab und Gut zu retten. Auch wollen viele Unternehmer nicht im Land bleiben. Sie flüchten, weil sie kein Vertrauen in den Rechtsstaat haben, der nur noch eingeschränkt funktioniert, weil die Richter selber Angst vor der Regierung haben.

An die nach der Niederschlagung des Putschversuches geltenden Dekrete und Notverordnungen hat Erdogan sich derart gewöhnt, dass er diesen Ausnah-

mezustand nun mittels der Präsidialverfassung zur geltenden Ordnung gemacht hat. Damit ist ihm erlaubt, nun auch künftig ohne Notstand zu schalten und zu walten wie er will.

Die Verunsicherung im Land wird anhalten und mit ihr auch das Fliehen der Menschen und des Kapitals. Der schwache Lira ist ein Spiegelbild der politischen Zustände im Land, das Vertrauen an die Währung ist gering. Unternehmen sind zahlungsunfähig und der Staat steht ihnen in nichts nach. Um die Wähler zu besänftigen, hat er das Geld mit vollen Händen ausgegeben. Dieser Großzügigkeit ist nun ein Ende gesetzt, die Türkei steht kurz vor einer Schuldenkrise. Der Wahlsieg war teuer erkaufte, dieses Niveau ist nicht zu halten.

Was ändert sich mit der Wahl Erdogans zum Präsidenten?

Erdogan hat bereits in seiner letzten Amtszeit als Präsident das Präsidialsystem eingeführt. Mit seiner erneuten Wahl festigt er die Umsetzung und es tritt nunmehr in Kraft. Dieses Präsidialsystem ermöglicht noch mehr Macht als zuvor. Kritiker befürchten eine Ein-Mann-Herrschaft und Verfassungsexperten des Europarats warnen vor einem „gefährlichen Rückschritt in der verfassungsmäßigen demokratischen Tradition der Türkei“.

Bereits umgesetzt wurde:

- * Der Präsident darf einer Partei angehören.
- * Der Präsident hat mehr Einfluss auf die Justiz: Im Rat der Richter und Staatsanwälte kann er vier von 13 Mitgliedern bestimmen. Sieben weitere bestimmt das Parlament. Der Präsident wählt den Justizminister und seinen Staatssekretär, die feste Mitglieder im Rat sind. Dieses gewählte Gremium ernennt u. a. Richter und Staatsanwälte.

Umsetzung mit den Wahlen:

- * Die Wahl des Präsidenten und des Parlaments passieren zeitgleich für die Dauer von fünf Jahren. Die zeitgleiche Wahl erhöht die Wahrscheinlichkeit, dass die Partei des Präsidenten auch die Mehrheit im Parlament haben wird.
- * Der Präsident ist zugleich Staats- und Regierungschef. Das Amt des Ministerpräsidenten entfällt.
- * Der Präsident wird von einem Vizepräsidenten vertreten (vormals Parlamentspräsident). Er ernennt

PREISSKAT in Halle

am Freitag, dem
24. August 2018



Beginn: 14 Uhr Ende: gegen 18 Uhr
Begegnungsstätte der Volkssolidarität Saaleufer,
Böllberger Weg 150,
Der Einsatz beträgt 5,00 Euro. Jeder erhält einen Preis.
Gespielt werden 2 Runden: 36 Spiele am Vierertisch und 27 Spiele am Dreiertisch und nach der Skatordnung des Deutschen Skatverbandes e.V.

Die Auslosung erfolgt gegen 14:10 Uhr.

eine von ihm bestimmte Anzahl von Vizepräsidenten und Ministern sowie alle hochrangige Staatsbeamte und kann diese absetzen. Das Parlament hat kein Mitspracherecht.

* Wer für das Präsidentschaftsamt kandidiert, kann sich nicht zugleich für ein Abgeordnetenmandat bewerben.

* Der Präsident kann in Bereichen der Exekutive Dekrete mit Gesetzeskraft erlassen, die mit Erscheinen im Amtsanzeiger in Kraft treten. Es bedarf keiner Zustimmung des Parlaments.

* Die Anzahl der Abgeordneten steigt von 550 auf 600.

* Der Präsident als auch das Parlament können Neuwahlen ausrufen. Hierfür bedarf es im Parlament einer Dreifünftelmehrheit.

* Die Amtszeit des Präsidenten bleibt auf zwei beschränkt. Sollte jedoch das Parlament in der zweiten Amtszeit des Präsidenten eine Neuwahl auslösen, darf der Präsident ein weiteres Mal kandidieren.

* Die Zählung der Amtszeit des Präsidenten beginnt unter dem Präsidialsystem neu.

* Gegen den Präsident kann nunmehr nicht nur wegen Hochverrats ermittelt werden, sondern wegen aller Straftaten. Es bedarf einer Zweidrittelmehrheit aller Abgeordneten im Parlament.

Daniela Müller
Redaktion Saalekreis

Sichere Rente mit Links

Das Buxtehuder Tageblatt berichtete zuletzt von einem Besuch des Bundestagsabgeordneten Matthias M. Birkwald, rentenpolitischer Sprecher, im Ortsverein Buxtehude. Hier hielt er einen Vortrag zum Thema Rente. Auch im Ortsverein Querfurt war Birkwald zum selben Thema bereits vor Ort. Anbei zusammengefasst das Thema Rente von Links betrachtet:

Im derzeitigen Rentensystem befinden sich 74 Millionen Menschen – 20,8 Millionen Rentner, 36,5 Millionen aktiv Versicherte und 16,8 Millionen passiv Versicherte.

Das Rentenniveau muss wieder auf das Niveau der Jahrtausendwende angehoben werden – das waren vor 18 Jahren 53 Prozent. Aktuell befindet es sich auf einem Niveau von 48,2 Prozent. Wenn man im Jahr 2030 nach 45 Jahren Einzahlung nach dem aktuellen Modell Rente bezieht, verliert man 300 Euro netto gegenüber dem Linken-Modell.

Für den Staat bedeutet das Mehrausgaben, die über den Wegfall der ineffizienten Riester-Rente und steigenden Beiträge finanziert werden soll. Der Arbeitnehmer spürt davon wenig. Mit dem Durchschnittseinkommen von 3.339,50 Euro beträgt die monatliche zusätzliche Belastung gerade einmal 34 Euro. Je nach Gehalt verkleinert oder vergrößert sich der Betrag entsprechend. Vom Arbeitgeber wird derselbe Anteil abverlangt, der nach dem Linken-Modell

gegenüber einem Riester-Vertrag sogar 86 Euro monatlich weniger Belastung für ihn bedeuten. Birkwald erklärt das so: „Die Rentenversicherung hat einen Verwaltungskostenanteil von unter zwei Prozent, bei Riester-Verträgen liegt der zwischen zehn und zwanzig Prozent.“

Weiterhin gehört zu dem Linken-Modell:

- * die Rente ab 67 soll wieder abgeschafft werden
 - * die Ost- Westangleichung soll innerhalb der nächsten fünf Jahre vollzogen werden
 - * ab 65 Jahre soll ein Arbeitnehmer abschlagsfrei in Rente gehen können - ebenso wenn man mit 60 Jahren 40 Beitragsjahre vorweisen kann
 - * alle Erwerbseinkommen müssen in die gesetzliche Rentenversicherung einzahlen, auch Politiker, Selbständige, Freiberufler, Beamte und Manager
- Außerdem spricht sich das Linke-Modell für eine Solidarische Mindestrente in Höhe von 1.050 Euro aus, die einkommens- und vermögensgeprüft ist, sie wird bei Bedarf gezahlt.

Was haltet ihr von unserem aktuellen Rentenmodell und was könnte besser gemacht werden? Ist unser Linker Ansatz ausgefeilt? Diskutiert mit uns: redaktion@dielinke-saalekreis.de

Daniela Müller
Redaktion Saalekreis

Zum Umgang mit der AfD

Teil 3: Auseinandersetzungen in Parlamenten und Kommunalvertretungen

„Der AfD geht es um Selbstinszenierung und nicht darum, gesellschaftliche Probleme zu lösen.“ Sätze wie diesen habt ihr von unseren Landtagsmitgliedern mit Sicherheit schon einmal gehört. Und laut einer Studie, die im März 2017 von Forscher*innen des Wissenschaftszentrums Berlin (WZB) durchgeführt wurde, wird dieser Satz von den Forschern sogar bestätigt. Sie haben sich hierfür alle zehn Länderparlamente angesehen, in denen die AfD eingezogen ist.

Im Bericht liest man Sätze wie: „in den Arbeitsroutinen der AfD-Landtagsfraktionen bestehen nach wie vor große Mängel [...], vertiefte Sachkenntnisse fehlen“ und es fehlen der AfD die „komplexeren Instrumente,

für die eine höhere inhaltliche Kompetenz vonnöten wäre“ sowie „Das geht über Anfängerprobleme hinaus“.

Bereits der Konsens über die parlamentarische Arbeit ist zwischen demokratischen Parteien und der AfD nicht gegeben; während eine Linke, die SPD oder die Grünen versuchen, möglichst viele gesellschaftliche Gruppen und Meinungen zu vertreten, geht es der AfD schlichtweg um eine Darstellung ihrer Macht. Sie sind der Ansicht, dass es nur einen einheitlichen Volkswillen gebe, den die anderen Parteien nicht widerspiegeln. Sie wollen gezielt provozieren und Aufmerksamkeit erzielen. Ihnen ist nicht daran gelegen, mit den

anderen Parteien zur Lösung von Problemen beizutragen. Sie wollen dem Bürger signalisieren, dass sie der Kümmerer sind und auch vermeintlich die einzig echte Oppositionspartei.

Wie ist nun die „Arbeit“ der AfD in den Parlamenten zu betrachten?

Sehr gerne und mit einer Inbrunst stellt die AfD kleine Anfragen. Laut den Forscher*innen des WZB wollen sie damit die Zivilgesellschaft ausforschen und einschüchtern sowie Regierungen und Verwaltungen unter Druck setzen. Knapp ein Drittel ihrer Anfragen beziehen sich dabei auf die Themen Sicherheit, Ordnung und Migration.

Große Anfragen oder Anträge, die einen komplexeren Instrument einer Opposition sind, werden von der AfD hingegen kaum genutzt. Die Forscher*innen schreiben dies wieder der geringen Kompetenz der AfD zu. Das lässt sich auch in den Ausschüssen gut beobachten.

Auch Beratungen zur Haushaltsaufstellung können fehlende Sachkenntnisse zugesprochen werden. An wichtigen Fragerunden nimmt die AfD zum Teil gar nicht teil, weil Fristen zur Einreichung von Fragen verpasst wurden. Befragt man Parlamentarier anderer Parteien, urteilen die über ihre „Kollegen“ von der AfD mit Begriffen wie „heillosen Überforderung“.

Handlungsempfehlungen für die Auseinandersetzung mit Rechtspopulisten in Parlamenten:

- * Keine Bündnisse mit Ihnen
- * Abstimmung des Umgang mit der AfD überparteilich
 - o Verständigung mit anderen demokratischen Parteien über den Umgang und gezielte Suche nach Konsens miteinander
 - o Übereinstimmende Punkte schriftlich festhalten und veröffentlichen? dabei Gewähr sein, dass AfD rhetorisch zum Gegenschlag gegen das „Kartell der Altparteien“ ausholen wird
 - o Setze eigene Ressourcen gezielt ein und reagiere nur auf jene Provokationen, die rassistisch und menschenverachtend sind; weiße sie zurück
 - o Lege fest: wer reagiert stellvertretend für alle?
 - o Lege fest: Wie wird mit der Teilnahme der AfD an bestimmten Gremien, bei öffentlichen Auftritten, mit

ihren Anträgen, ihrem Abstimmungsverhalten etc. umgegangen? Wo sollte sie ausgeschlossen oder nicht aufgenommen werden?

- * Verbindungen zum Rechtsextremismus offenlegen
 - o Thematisierung und Offenlegung von AfD-Abgeordneten, die Überschneidungen und Verbindungen zur extremen Rechten haben; das gilt sowohl für einzelne Personen mit Rechtsextremem Hintergrund und Verbindungen sowie für Aussagen und Parolen der AfD und ihren Protagonist*innen
- * Offensive Solidarisierung mit Betroffenen von Diskriminierung
 - o Diskriminierung ist vielfältig. Abgeordnete sollten sich aktiv schützend für Menschen einsetzen, die angefeindet werden und aus deren Anfeindungen die AfD ihre Macht postulieren will
- * Über gesellschaftliche Konsequenzen rechtspopulistischer Politik aufklären
 - o Die Programmatik der AfD betrifft nicht nur gesellschaftliche Minderheiten, sie beschneidet vielmehr die Lebensbedingungen der meisten Menschen. Hier heißt es, offen Kritik an den Positionen der AfD üben.
- * Die Rhetorik der AfD umkehren
 - o Die AfD wird nicht ausgegrenzt, sie grenzt sich selber aus. Zum einen, weil ihre Positionen antidemokratisch, nationalistisch und rassistisch sind, und zum anderen, weil sie mit ihrer Rhetorik gegenüber den Altparteien, Gutmenschentum oder der Lügenpresse mit dem bestehenden demokratischen Rechtsstaat, der Gewaltenteilung und dem Pluralismus widerspricht. Glaubwürdigkeit erreicht die AfD nur durch Trennung von rechtsextremer und –populistischer Programmatik und dem entsprechenden Personal.
- * Konstruktiven Streit über Unterschiede führen
 - o Der Wähler tut sich schwer mit der Unterscheidung der Programme der demokratischen Parteien. Dass er Rechts wählt, liegt eher daran, dass die demokratischen Parteien keine inhaltlichen Kontroversitäten bieten und kein konstruktiver Streit um unterschiedliche Konzepte und Lösungsideen erkennbar ist. Mit der Attraktivität demokratischer Gegenkonzepte stirbt der Griff zu mutmaßlichen Alternativen.
- * Mehrheiten benennen und transparent bleiben
 - o Aufzeigen, wie viele Menschen die AfD nicht wählen und wer sich alles sozial engagiert. Die Errungenschaften der Demokratie und Menschenrechte werden von vielen Menschen geschätzt. Zeige der AfD, dass sich eine Mehrheit nicht für die Politik und Programmatik

der AfD interessiert.

* Verantwortung vor Ort übernehmen

o Die AfD nutzt Verallgemeinerungen und wettet oft gegen „die da oben“ und verbreitet, dass „die kleinen Leute“ oftmals kein Mitspracherecht haben. In jeder Kommune lässt sich gestalten und mitbestimmen. Zeige anhand des eigenen Beispiels auf, wie in einer Kommune wirksam mitgestaltet werden kann. Den Rechtspopulisten wird dadurch der Handlungsspielraum entzogen.

* Eigene Positionen reflektieren und glaubhaft vertreten

o Ungleichheiten gibt es in jeder Gesellschaft. Rechtspopulisten setzen zumeist an vorhandenen Einstellungen an und spitzen sie zu. Das trifft auch Abgeordnete. Deshalb reflektiere Dich und Deine vertretenen Positionen kritisch selber und entwickle eigene menschenrechtsorientierte Positionen.

Zum Weiterlesen:

Bei der Amadeu Antonio Stiftung gibt es eine Handreichung, die erklärt, wie sexuelle Gewalt und davon Betroffene instrumentalisiert werden, um Vorurteile und Hass gegen Geflüchtete und Migrant*innen zu verbreiten.

www.amadeu-antonio-stiftung.de/publikationen/#Gender_und_Rechtsextremismus

Für alle, die den Beitrag gern nachlesen wollen. Die Broschüre „Positionen, Konfrontieren, Streiten: Handlungsempfehlungen zum Umgang mit der AfD“ ist bei der Amadeu Antonio Stiftung erschienen.

In der nächsten Ausgabe geht es an dieser Stelle weiter mit dem Thema: Zum Umgang mit der AfD an Schulen

Daniela Müller

Redaktion Saalekreis

Neues aus dem BBZ „lebensart“ e.V. Beratungsstelle für geschlechtlich-sexuelle Identität

Auf Achse für Anerkennung und Akzeptanz geschlechtlich-sexueller Vielfalt

Anfang Juli können wir nun etwas durchschnaufen: 66 Veranstaltungen vor allem an Schulen haben wir bislang 2018 im Rahmen unserer Bildungsarbeit durchgeführt. Das sind mehr als zum vergleichbaren Zeitraum des Vorjahres. Projekttag fanden an Schulen in Halle, Merseburg, Leuna, Hettstedt, Köthen und Bitterfeld statt, im April kamen vier 8. Klassen einer haleschen Sekundarschule ins BBZ „lebensart“ e.V. Gut nachgefragt sind auch unsere 90-Minuten-Workshops, die wir 2018 bislang in Halle, Gutenberg, Gröbers, Teutschenthal, Zöschen, Querfurt, Roitzsch, Wolfen und Magdeburg durchführten.

Einen Einblick in die Workshops gibt es hier: http://www.bbz-lebensart.de/CMS/uploads/90_Minuten_Workshop.pdf

Vorträge zu geschlechtlich-sexueller Vielfalt für Gruppen, Vereine, Institutionen und Parteien

Unser Mitarbeiter des Fachzentrums für geschlechtlich-sexuelle Identität, Ants Kiel (Dipl.-Päd.), bietet in Sachsen-Anhalt flexibel einsetzbare Vorträge an, die gern interaktiv gestaltet werden können. Technik (Beamer, Kabel, Laptop) wird komplett mitgebracht.

Das Einsatzfeld der Vorträge ist breit: Für kleine und große Organisationen über Fachtage, Gliederungen von Parteien bis zu Einrichtungen der Altenhilfe. Themen-Angebote sind:

- Geschlechtliche und sexuelle Vielfalt - Grundlagen, aktuelle Entwicklungen und gesellschaftspolitische Herausforderungen
 - Geschlechtliche Vielfalt (Schwerpunkt: Inter- und Transgeschlechtlichkeit)
 - Begehren und sexuelle Orientierungen (Schwerpunkt: nicht-heterosexuelle Lebensweisen)
 - Bi- und Pansexualität - über das Begehren zwischen und jenseits der Pole Hetero- und Homosexualität
 - Homosexualität und Gesellschaft in der DDR der 1970er und 1980er Jahre
 - Queer-historischer Stadtrundgang durch Halle (DDR-Zeit bis zum CSD 1997)
- Anfragen können über E-Mail (bildungsarbeit@bbz-lebensart.de) gestellt werden.

CSD Leipzig 2018: Gegen Rassismus, Sexismus, Homo-, Trans*- und Interfeindlichkeit

Die Leipziger CSD-Veranstaltungswoche findet vom 13.-21. Juli 2018 statt. Die Veranstalter betonen:

„Seit einigen Jahren erstarken rechtskonservative, nationale, antidemokratische und minderheitenfeindliche Parteien und Bewegungen wieder in unserem Land. Dies insbesondere in Sachsen und den übrigen „neuen“ Bundesländern. Sie stehen dabei für eine Welt längst vergangener Zeiten, welche klar und „klassisch“ geregelt ist. („) Die Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare im vergangenen Jahr traf diese rückwärtsgerichtete Bewegung bis ins Mark und beflügelte den Hass auf Lebens- und Liebens-

wirklichkeiten und Geschlechtlichkeiten jenseits der sogenannten „Norm“. (...) Daher möchten wir die Menschen für Diversität sensibilisieren, damit sie erkennen, dass Vielfalt eine Bereicherung unserer Gesellschaft ist und nicht gefürchtet werden muss.“ Der Höhepunkt des CSD Leipzig bilden am Sonnabend, dem 21. Juli Demo & Straßenfest sowie der Pride-Ball.

Alle Informationen: <https://www.csd-leipzig.de/csd-2018/>

Zur Fiesta de Solidaridad nach Berlin!

Am 28. Juli 2017 feiert die AG Cuba Sí wieder die traditionelle „Fiesta de Solidaridad“ in Berlin.

„Man fühlt sich wie in Kuba!“ – so erzählen es jedes Jahr die Besucher der „Fiesta de Solidaridad“. Die AG Cuba Sí lädt am 28. Juli 2018 wieder Kubafreund*innen aus dem In- und Ausland zu diesem großen Solidaritätsfest in die Berliner „Parkaue“ ein.

Auch in diesem Jahr erwartet die Besucher*innen ein umfangreiches Programm: Musik, Vorträge, Ausstellungen und Diskussionen, auch gibt es Baseball, Boxen und Domino. An über 50 Ständen locken karibische Cocktails, leckeres Essen, Infos aus Kuba und Lateinamerika sowie interessante Gespräche.

Für die Talkrunden hat Cuba Sí interessante Gäste eingeladen, so zum Beispiel den kubanischen Kosmonauten Arnaldo Tamayo, angekündigt hat sich auch sein „Interkosmos“-Kollege Siegmund Jähn. Bei der Fiesta dabei sind auch María del Carmen Cejas, Präsidentin unserer Partnerorganisation für die Milchprojekte (ACPA), sowie Elio Gámez, Vizepräsident des Kubanischen Instituts für Völkerfreundschaft.

Die kleinen Fiesta-Besucher können sich auf ein wunderbares Kinderfest freuen, und bei unserer Solidaritätstombola ist der Hauptpreis ein Flugticket nach Kuba.

Am Abend steht die Band „Che Sudaka“ live auf der Fiesta-Bühne! Und für die Nimmermüden beginnt um 22 Uhr eine After-Show-Party im Stadtteilladen „Zielona Gora“ am Boxhagener Platz, Grünberger Str. 73, 10245 Berlin.

„Umsonst und draußen“ – so feiern wir die „Fiesta de Solidaridad“ auch in diesem Jahr! Wer sich trotzdem an der Finanzierung unseres Solifestes beteiligen möchte, kann dies mit einer Spende von 5 Euro tun. Dafür gibt's den Soli-Button – getragen am T-Shirt oder am Rucksack macht er Euch als Unterstützer der Fiesta erkennbar. Und wer Lust hat, am Fiesta-Tag dem Organisationsteam zu helfen – beim Auf- oder Abbau, beim Cocktail-Mixen, beim Bierverkauf oder beim Verkauf der Lose –, der melde sich bitte unter berlin@cuba-si.org!

Nos vemos! Wir sehen uns in Berlin.

AG Cuba Sí (www.cuba-si.org)

Fiesta de Solidaridad

28. Juli 2018, 14 – 22 Uhr

Parkaue Berlin-Lichtenberg, Nähe S- und U-Bhf. Frankfurter Allee

After-Show-Party

Ab 22 Uhr, Stadtteilladen „Zielona Gora“

Grünberger Straße 73, 10245 Berlin (am Boxhagener Platz)

Post von Lene

Hallo, liebe Linke,
wir haben Ferien- endlich! Zum Schluss hatten sich in der Schule alle nur noch so rumgequält – die Zensuren standen ja fest, brütende Hitze in den Klassenräumen, kein Hitzefrei und so. Mein Zeugnis ist diesmal nicht doll ausgefallen. Weil ich die letzte Klassenarbeit in Physik total verhaufen habe, bin ich von einer Zwei auf eine Drei abgerutscht, Ähnlich ging es mir in Geo. Sonst habe ich überall eine Zwei geschafft. In Deutsch wäre sogar eine Eins drin gewesen, wenn ich bei Klassenarbeiten nicht immer so viele Schusselfehler machen würde. Aber jetzt sind erst einmal Ferien!!! Und wir fahren nach Prerow an die Ostsee- meine Eltern, meine Großeltern und ich! Ich bin schon ganz happy.

Vorher will ich aber erst noch loswerden, was mich in der letzten Zeit so in der Politik beschäftigt und auch fuchtig gemacht hat. Ich fange mit uns Linken an.

Ich verstehe einfach nicht, dass es zurzeit so einen Zoff gibt zwischen Sahra und Katja z. B. bei der Flüchtlingsfrage (habe ich erlauscht). Naja, vielleicht kapiere ich ja so was, wenn ich älter bin. Aber muss man so einen Streit unbedingt in der Öffentlichkeit austragen?

Oma und Opa scheinen das auch so zu sehen. Ich habe sie dazu befragt, und sie sagten mir, dass es im September dazu eine große Beratung in einer Klausur(?) geben soll.

Da bin ich richtig erleichtert. Denn öffentliche Zoff unter uns Linken können wir wirklich nicht gebrauchen. Findet ihr nicht auch?

Nun komme ich noch zu meinen „Lieblingsfeinden“, dem doofen Trump und der AfD. Der Trump ist momentan, wie es das Wetter zurzeit nicht ist- wendisch! Mal so, mal so. Da findet er nach zwei Minuten Begegnung, der Machthaber von Nordkorea namens Kim wäre ein Superkerl, kurze Zeit später ändert er seine Meinung genau ins Gegenteil. So was ist doch gefährlich, oder? Dann schickt er ständig Botschaften per Twitter durch die Gegend, oft von einem seiner Golfplätze aus. Da hat er doch vor kurzem getwittert, dass er dafür ist, dass Menschen, die illegal über die Grenze zu Mexiko gekommen sind,

ohne ihre Gründe vor einem Gericht anzuhören, zurückgeschickt werden sollen.

Wörtlich hat er gesagt (ich habe mal wieder im ND geschnüffelt). „Wir können nicht zulassen, dass diese Leute in unser Land einfallen.“ Jetzt hat er sogar angewiesen, dass die Kinder dieser Menschen von ihren Eltern weggerissen und in



eine Art Lager gebracht werden sollen. Da gab es in den USA so einen Protest, dass Trump zurückrudern musste. Wie kann ein solcher Mensch bloß Präsident in den USA werden, frage ich mich.

Nun zu „Lieblingsfeind“ Nummer 2, die AfD. Im Fernsehen habe ich noch mitgekriegt, dass die einen großen Parteitag hatten. Aber da musste ich schon ab ins Bett. Na, dachte ich mir, da steht am Montag bestimmt was darüber in der Zeitung. Und siehe da, ich hatte Recht.

Die Überschrift dazu im ND habe ich nicht verstanden- „Die AfD schleicht in den Mainstream“. Ich habe im Duden nachgeguckt- Mainstream bedeutet soviel wie „Hauptströmung“. Tja, da bin ich auch nicht viel schlauer. Ob das vielleicht damit zusammenhängt, dass die 2. Vorsitzende der AfD namens Alice Weidel, gemeint hat, sie kann sich eine Koalition mit der CSU vorstellen? Naja, der CSU-Seehofer hat ja beinahe die Regierung zum Platzen gebracht, weil er die Grenzen der BRD so dichtmachen wollte, damit gar keine Flüchtlinge mehr reinkommen können?

Das ist doch so ziemlich nahe an den AfD-Parolen. Oder? Opa sagte mir auf meine Frage hin, dass die CSU-Partei darum am „rechten Rand“ fischt, dass die AfD bei den nächsten Wahlen in Bayern wenig Stimmen kriegt. Da wollen die die AfD damit bekämpfen, dass sie deren Losungen übernehmen? Das ist doch das Blödeste, was man machen kann, finde ich. Ich wünsche allen älteren, jüngeren und ganz jungen Linken schöne Julitage mit ein bisschen mehr Regen (außer an der Ostsee natürlich).

Tschüs Eure Lene

Der neue Parteivorstand Gewählt am 08./09.Juni 2018 in Leipzig

Parteivorsitzende

Katja Kipping (64,5 Prozent)
Bernd Riexinger (73,8 Prozent)

Bundesgeschäftsführer

Jörg Schindler (48,4 Prozent nach Stichwahl)

Bundesschatzmeister

Harald Wolf (73,2 Prozent)

Stellvertretende Parteivorsitzende

Simone Oldenburg
Martina Renner
Janine Wissler
Ali Al-Dailami
Tobias Pflüger
Axel Troost

Weitere Mitglieder des Parteivorstandes

Johanna Scheringer-Wright
Friederike Benda
Judith Benda
Christine Buchholz
Ulrike Eifler
Franziska Fehst
Katalin Gennburg
Bettina Gutperl
Claudia Haydt
Sigrid Hupach
Kerstin Köditz
Sofia Leonidakis
Zaklin Nasti
Lucy Redler
Franziska Riekewald
Christiane Schneide
Marika Tändler-Walenta

Daniela Trochowski

Jan van Aken

Tobias Bank

Arne Brix

Thies Gleis

Harri Grünberg

Stefan Hartmann

Andrej Hunko

Ralf Krämer

Xaver Merk

Thomas Nord

Christian Schaft

Martin Schirdewan

Ilja Seifert

Frank Tempel

Jochem Visser

Raul Zelik

Hinweis

Aus Datenschutzgründen werden an dieser Stelle nur die Ergebnisse der gewählten weiteren Mitglieder des Parteivorstandes veröffentlicht. Parteimitglieder (!) haben die Möglichkeit, die Ergebnisse der nicht gewählten Bewerberinnen und Bewerber in der Bundesgeschäftsstelle über nadia.zitouni@die-linke.de zu erfragen.

Umfangreiche Informationen zum Parteitag erhaltet ihr auch hier: <https://www.die-linke.de/partei/parteistruktur/parteitag/leipziger-parteitag-2018/>

**In Bayern woll'n wir feiern und
in Hessen Bouffier vergessen!**
Spendet für die Wahlkämpfe
in Bayern und Hessen!

Asylkompromiss - Zäsur des Rechtsstaates

Zum so genannten Asylkompromiss der Bundesregierung erklärt Bernd Riexinger, Vorsitzender der Partei DIE LINKE:

Der Asylkompromiss ist eine Zäsur für den deutschen Rechtsstaat. Die Unionsparteien haben sich verrannt. Die Versuche, die Fiktion einer Einigung jeweils als Sieg der eigenen Position zu verkaufen, sind beschämend. Fakt ist: die Gegner einer liberalen Flüchtlingspolitik haben einen Etappensieg errungen und werden nicht zögern, das "Modell Kurz" aus Österreich weiter durchzuboxen. Die SPD leistet keinen nennenswerten Widerstand.

Von keinem Regierungsmitglied sind Forderungen nach der Einrichtung einer deutschen Seenotrettungsmission, der Wiederherstellung des Asylrechts und der bedingungslosen Verteidigung von Freiheitsrechten für alle in Deutschland lebenden Menschen zu vernehmen.

Zwischen Merkel, Seehofer und Nahles verlaufen offenbar keine grundlegenden Trennlinien in der Asylpolitik mehr. In den nächsten Monaten und Jahren steht viel auf dem Spiel. Jetzt sind mehr denn je die progressiven Kräfte in der Gesellschaft gefragt, die Demokratie nach vorne hin zu verteidigen. Hin zu einem neuen sozialen und ökologischen Wohlstandsmodell und einer solidarischen Einwanderungsgesellschaft: mit gerechter Verteilung der Arbeit und des Reichtums, sozialer Absicherung, guter Gesundheitsversorgung und Pflege für alle, bezahlbarem Wohnen, kürzeren und selbstbestimmten Arbeitszeiten, mehr Demokratie und gleichen Rechten für alle.

Wer die Rechten und das verrohte Bürgertum stoppen will, muss linke Alternativen zum Neoliberalismus durchsetzen: Das wird nur mit einem gesellschaftlichen Aufbruch gelingen, zu dem jede und jeder von uns etwas beitragen kann.

Blockade von Rettungsschiffen ist unterlassene Hilfeleistung

Seit Tagen blockiert Malta Rettungsschiffe. Der deutsche Kapitän des Rettungsschiffs "Lifeline", muss für die Rettung von rund 230 Migranten vor der libyschen Küste vor Gericht. Er darf das Land vorerst nicht verlassen. Die Vorsitzende der Partei DIE LINKE, Katja Kipping, dazu:

Die Regierung von Malta hält seit Tagen Rettungsschiffe im Hafen fest. Seit dem Wochenende sind erneut Dutzende Menschen auf der Flucht im Mittelmeer ertrunken. Der sozialdemokratische Premierminister Joseph Muscat begeht unterlassene Hilfeleistung und die Behinderung von hilfeleistenden Personen. Wo ist eigentlich Heiko Maas? Er muss seinen Parteifreund umgehend dazu bringen, die Arbeit der Rettungshelfer nicht länger zu behindern und dadurch den Tod von flüchtenden Kindern, Frauen und Männern mit zu verantworten.

Es ist in diesen Tagen viel von der Wiederherstellung von Recht und Gesetz die Rede. In dem Zusammenhang möchte ich auf das Strafgesetzbuch hinweisen: "Wer bei Not nicht Hilfe leistet, obwohl dies erforderlich und ihm den Umständen nach zuzumuten, insbesondere ohne erhebliche eigene Gefahr und ohne Verletzung anderer wichtiger Pflichten möglich ist, wird mit Freiheitsstrafe (...) bestraft."

Wir brauchen keine Transitzentren an der bayrischen Grenze, sondern Rettungsschiffe im Mittelmeer, damit das Massensterben endlich aufhört.





Wir gratulieren allen Genossinnen und Genossen, die im Monat Juli Geburtstag haben.



Aus dem Landtag:

Finanzausgleichsgesetz ist nicht krisenfest und bedarf einer grundlegenden Revision

Zu den heutigen Ausführungen des Finanzministers André Schröder, dass sein Ministerium das kommunale Finanzausgleichsgesetz über mehrere Monate geprüft und der Höhe nach für gut befunden habe, erklärt der finanzpolitische Sprecher Swen Knöchel:

»Die 1,628 Milliarden Euro des kommunalen Finanzausgleiches entsprechen der Summe, die das Land im Jahr 2009 ausgereicht hatte. Dann folgte zunächst der Einnahmeeinbruch der Finanzkrise und danach die Kürzungspolitik der Jahre 2012-2015.

Wenn das Finanzministerium jetzt zu dem Ergebnis kommt, die Summe sei ausreichend, dann scheint die mehrmonatige Prüfung in einem ganz stillen Kämmerlein ohne Bezug zur Außenwelt stattgefunden zu haben. Ja, die kommunale Finanzsituation ist im Moment weniger angespannt als in den vergangenen Jahren. Der offensichtliche Grund dafür ist aber nicht der kommunale Finanzausgleich, sondern die bundesweit gute Einnahmesituation bei den Steuern, von der auch die Gemeinden unseres Landes profitieren.

Dennoch sind die kommunalen Haushalte auf Kante genäht, noch immer ist die Investitionsquote der Kommunen unterhalb der notwendigen Beträge und eine Rückführung der Liquiditätskredite rückt in weite Ferne.

Das kommunale Finanzausgleichsgesetz in Sachsen-Anhalt ist nicht krisenfest und bedarf einer grundlegenden Revision. Statt sich mit fremden Federn zu schmücken, sollte Finanzminister Schröder diesbezüglich seine Hausaufgaben machen.«

Situation der von Dürre betroffenen Landwirte ernst nehmen – Pacht nicht stunden, sondern erlassen

Zu den extremen Dürren und Ernteaufschlägen in der Altmark und anderen Teilen Sachsen-Anhalts erklären die landwirtschaftspolitische Sprecherin Kerstin Eisenreich und der Abgeordnete aus der Region Altmark Wulf Gallert:

„Bereits jetzt ist deutlich geworden, dass ein Teil der Landwirtschaftsbetriebe in Sachsen-Anhalt massiv von Ernteaufschlägen aufgrund der anhaltenden Dürre betroffen sind. Dies betrifft nicht nur, aber besonders hart die Landwirtschaftsbetriebe in der Altmark. Die bisher von der Landesregierung und Landgesellschaft angekündigten Maßnahmen zur Stundung von Pachtzahlungen bzw. Steuern reichen in den meisten Fällen nicht aus. Viele der betroffenen Betriebe verzeichnen ohnehin schon einen hohen Schuldenstand und können in absehbarer Zeit aufgrund der Ernteaufschläge den entsprechenden Schuldendienst nicht leisten.

Wir fordern die Landesregierung deshalb auf, die Landgesellschaft anzuweisen bei den stark betroffenen Betrieben die Pacht nicht nur zu stunden, sondern bei hohen Ernteaufschlägen zu erlassen.

Wir appellieren in gleicher Art und Weise an weitere große Verpächter landwirtschaftlicher Nutzflächen in ähnlicher Art zu handeln, dies betrifft vor allem die BVVG und die Kirchen in Sachsen-Anhalt.

Wir fordern die Landesregierung auf, Möglichkeiten zu prüfen, gesetzliche Vorgaben in Pachtverträgen für landwirtschaftliche Nutzflächen grundsätzlich so zu gestalten, dass extreme Witterungseinflüsse und damit verbundene Ernteaufschläge Auswirkungen auf die Höhe des Pachtzinses haben. Die Fraktion DIE LINKE. wird einen entsprechenden Antrag zur nächsten Landtagssitzung einbringen.“